




Patriot-Stationierung: Bundesregierung soll Willen der Mehrheit respektieren

Patriot-Stationierung: Bundesregierung soll Willen der Mehrheit respektieren
59 Prozent der Deutschen halten laut der neuesten Meinungsumfrage von infratest dimap eine Entsendung von deutschen Soldaten und Luftabwehrraketen an die türkisch-syrische Grenze für falsch. "Das Misstrauen der deutschen Bevölkerung ist berechtigt," kommentiert Christine Buchholz, Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Partei DIE LINKE: Die türkische Regierung hat zwar in ihrem Brief an die NATO in einem Satz geschrieben, die "Patriots" dienen nicht zur Absicherung militärischer Aggressionen und auch nicht zur Durchsetzung einer Flugverbotszone. Heute kam aber heraus, dass sie die Befehlshoheit über den Abschuss der Raketen beansprucht. Kein Wunder, dass viele Menschen den Beteuerungen aus Ankara misstrauen. Denn die türkische Regierung versucht seit langem die NATO in den Grenzkonflikt mit Syrien hineinziehen. Das Parlament in Ankara hat der Regierung bereits eine Vollmacht für einen Einmarsch nach Syrien erteilt. Mit der Unterstützung durch die Bundeswehr im Rücken, würde ein türkischer Angriff auf Syrien wahrscheinlicher werden. Die Bundesregierung riskiert, dass Deutschland über die Stationierung der Patriot-Raketen nun selbst Teil in einem möglichen türkisch-syrischen Krieg wird. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, den Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu respektieren und im NATO-Rat die Anfrage der türkischen Regierung abzulehnen.
Pressestelle der Partei DIE LINKE im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Pressesprecher: Alexander Fischer
Telefon: 030 24009 543, Telefax: 030 24009 220, Mobil: 0151 17161622
alexander.fischer@die-linke.de
Stellvertretende Pressesprecherin: Marion Heinrich
Telefon: 030 24009 544, Telefax: 030 24009 220, Mobil: 0171 1970778
marion.heinrich@die-linke.de


Pressekontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

Firmenkontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

Die Partei DIE LINKE vereinigt seit Mitte 2007 unterschiedliche politische Kräfte aus Ost- und Westdeutschland, Menschen mit DDR-Biografien und Menschen mit BRD-Biografien. Sie weiß, dass sie die seltene historische Gelegenheit hat, aus unterschiedlichen Erfahrungen, gewonnen in Ost und West und im vereinigten Deutschland, etwas neues, eine gesamtdeutsche Linke aufzubauen.